

Änderungsantrag
(zu Drs. 16/617 und 16/1066)

Fraktion DIE LINKE

Hannover, den 25.03.2009

Zukunft der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen

Antrag der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/617

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit - Drs. 16/1066

Der Landtag wolle die Beschlussempfehlung mit folgenden Änderungen beschließen:

Zukunft der hausärztlichen Versorgung in Niedersachsen sichern

Nach Nummer 1 I letzter Spiegelstrich sind die folgenden Spiegelstriche anzufügen:

- „– eine Verbesserung der Studienbedingungen zu forcieren. Dies betrifft insbesondere die Überprüfung der Curricula auf unnötigen „Ballast“ und eine Entbürokratisierung der Prüfungsordnung,
- die Studiengebühren in Niedersachsen abzuschaffen.“

Nummer 1 II ist wie folgt zu ergänzen:

„Diese Maßnahme ist durch die Vergabe zinsgünstiger Kredite durch das Land monetär zu untermauern. Die Landesregierung soll hierzu eine Summe von mindestens 5 Millionen Euro für das Jahr 2010 zur Finanzierung sicherstellen.“

Nummer 1 III ist wie folgt zu ergänzen:

„Diese Maßnahme ist durch die Einrichtung des Konzepts einer Gemeindegewerkschaft zu ergänzen. Zur Anschubfinanzierung eines entsprechenden Modellprojektes soll die Landesregierung für das Jahr 2010 eine Summe von mindestens 5 Millionen Euro sicherstellen.“

Nach Nummer 2 sind die folgenden Nummern 3 und 4 anzufügen:

- „3. eine Bundesratsinitiative zu starten, die hinsichtlich der Einnahmeprobleme der Krankenkassen eine Gesundheitsreform anstrebt, die in Form einer Bürgerversicherung respektive einer steuerfinanzierten Gesundheitsversorgung alle Einkommensschichten in die Finanzierung einbindet.
4. begleitend ein umfassendes Konzept für den Ausbau einer lebensfreundlichen Infrastruktur zu forcieren, die einen Zuzug in den ländlichen Raum attraktiver macht. Hierzu gehören insbesondere:
 - der Ausbau des Angebotes an Schulen (insbesondere zusätzliche IGS),
 - der Ausbau und die Frequenzerhöhung des öffentlichen Personennahverkehrs,
 - die Förderung des kulturellen Angebotes im ländlichen Raum.“

Begründung

Die Agitation der Landespolitik gegen einen drohenden Hausärztemangel darf nicht in unspezifischen Proklamationen verharren, sondern muss, um tatsächlich wirksam werden zu können, konkrete und verbindliche Handlungsschritte enthalten. Wie der Hausärzteverband in seiner Stellungnahme ausführte, wird eine Planung, die erst in fünf bis zehn Jahren zu strukturellen Verbesserungen führt, dem Problem des drohenden Hausärztemangels nicht gerecht. Strukturelle Veränderungen müssen in den kommenden zwei bis drei Jahren greifen. Dabei müssen auch monetäre Maßnahmen in ihrer fiskalischen Höhe bestimmt werden und schnellstmöglich umsetzbar sein.

Im Flächenland Niedersachsen hat die Landflucht zum sukzessiven Abbau ländlicher Infrastruktur geführt, was wiederum die Landflucht begünstigt. Diesem Teufelskreis ist konzeptionell entgegen zu wirken, denn auch der potenzielle Zuzug - insbesondere von jungen niederlassungswilligen Ärzten - wird von der Frage abhängen, ob sie dies sich und ihren Familien zumuten wollen. Ein wichtiges Kriterium ist dabei die Schulausbildung der Kinder.

Christa Reichwaldt

Parlamentarische Geschäftsführerin